

Slowenien

Damjan Lajh / Alenka Krašovec

Das letzte Jahr vor dem Beitritt in Richtung einer vollen Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) war für Slowenien sehr herausfordernd, wenn auch nicht in einem solchen Maße dynamisch und angespannt, wie die Zeit der Verhandlungen. Trotzdem löste bereits der letzte Schritt vor dem formellen Beitritt zur EU, nämlich die Unterzeichnung des EU-Beitrittsvertrags am 16. April 2003 in Athen, Streitigkeiten unter hohen politischen Akteuren in Slowenien aus. Für nur drei Unterzeichner kamen vier Kandidaten in Frage: Der Präsident der Republik, der Premier, der Außenminister (als formeller Verhandlungsführer) und der Europaminister (gleichzeitig Vorsitzender des Verhandlungsteams und Stellvertreter des Verhandlungsführers). Nach einigen Debatten über Verdienste im Prozess des slowenischen EU-Beitritts entschied man schließlich, dass der Europaminister, Janez Potočnik (der später als erster slowenischer EU-Kommissar vorgeschlagen und auch nominiert wurde), in der Zeremonie nur als Mitglied der slowenischen Delegation, nicht aber auch als ein Unterzeichner teilnehmen würde. Eine kurze festliche Ansprache im Namen Sloweniens hielt der Präsident der Republik Janez Drnovšek (bis zum Dezember 2002 Premier und eine der Personen, die am stärksten mit der slowenischen EU-Geschichte verbunden sind) und nicht der Premier Anton Rop, wie es ursprünglich beabsichtigt gewesen war.

Auf der anderen Seite war das letzte Jahr vor dem Beitritt hauptsächlich von der Kontinuität in den slowenischen Vorbereitungen gekennzeichnet, den Erfordernissen einer vollen Mitgliedschaft in der EU zu entsprechen. In diesem Zusammenhang müssen zwei Themen angesprochen werden: zum einen die Übernahme der Standpunkte, wie sie im Verfassungsentwurf der EU dargelegt werden und zum anderen die Annahme eines speziellen Gesetzes, das die Zusammenarbeit der Nationalversammlung und der Regierung in EU-Angelegenheiten regelt.

Während der Beitrittsperiode beteiligte sich Slowenien sehr engagiert an der Debatte über die Zukunft Europas.¹ Die slowenische Regierung übernahm am 19. November 2003 formell die Standpunkte, wie sie im Verfassungsentwurf der EU dargelegt wurden.

Die slowenische Position entsprach weitgehend der der anderen kleinen EU-Staaten und Beitrittsstaaten. Die slowenische Regierung bemühte sich um die frühest mögliche Annahme der europäischen Verfassung, die nach dem Willen der Regierung institutionell ausgewogen sein und die Gemeinschaftsmethode stärken sollte. In diesem Dokument setzte sich die slowenische Regierung in Bezug auf die institutionellen Reformen für die folgenden Punkte ein: ein Kommissar mit vollem Stimmrecht aus jedem Mitgliedstaat, mindestens fünf Parlamentsmitgliedern aus jedem Land, eine genauere Definition der Kompe-

Übersetzt aus dem Englischen von Wolfgang Mayer.

1 Hierbei wurde bereits 2002 als Nachbildung des Konvents zur Zukunft der EU das slowenische Forum zur Zukunft Europas gegründet, das als breit angelegtes öffentliches Forum diente, in dem Fragen, die Zukunft Europas betreffend, diskutiert wurden. Darüber hinaus wurde Alojz Peterle, der der Vorsitzende des Ausschusses für Europafragen in der slowenischen Nationalversammlung war, sogar der Vertreter der Beitrittsstaaten im Vorsitz des Europäischen Konvents für die Zukunft Europas.

tenzen des Ratspräsidenten, die klare Abgrenzung der Kompetenzen des EU-Außenministers von denen des Ratspräsidenten, die Verbesserung der Entscheidungsfindung im Rat über die doppelte Mehrheit, wobei beide Kriterien, nämlich die Mehrheit der Bevölkerung und die Mehrheit der Mitgliedstaaten, gleichgewichtig sein sollten (d.h. 50% zu 50% oder 60% zu 60%).²

Später, am 25. März 2004, verabschiedete die Nationalversammlung ein spezielles Gesetz, das die Zusammenarbeit der Nationalversammlung mit der Regierung in EU-Angelegenheiten regelt. Der Hauptgrund für die Annahme dieses Gesetzes war das Verhältnis von Regierung und Parlament bei der Entscheidungsfindung in europäischen Fragen und bei der Übernahme von EU-Recht, ohne dass das Parlament dabei in den Hintergrund träte. Während der Verhandlungs- und Beitrittsphase war Slowenien der einzige der zehn Beitrittskandidaten, in dem das Parlament eine bedeutende Rolle bei der Diskussion und der Bestätigung aller Verhandlungspositionen spielte. Ein Ergebnis daraus war der „Wunsch und die Forderung“ der Nationalversammlung, diese Rolle beizubehalten. Das Gesetz garantierte dem Parlament schließlich tatsächlich eine solche Position, indem es zwei Ebenen einführte, in denen die Standpunkte der Nationalversammlung berücksichtigt werden müssen. Wenn erstens ein parlamentarischer Ausschuss, der durch das Gesetz begründet wird,³ zu einem bestimmten Fall einen Standpunkt verabschiedet, ist die Regierung angehalten, diesen zu berücksichtigen, selbst wenn er auch für sie nicht bindend ist. Wird zweitens im Plenum der Nationalversammlung ein gemeinsamer Standpunkt gefunden, so wirkt dieser für die Regierung bindend. Durch die Verabschiedung dieses Gesetzes ist das slowenische Modell der Koordination der Beziehung zwischen der Regierung und dem Parlament dem finnischen sehr ähnlich.

Vom Beitrittskandidaten zum Vollmitglied

Der 1. Mai 2004 war ein wichtiger Tag in der slowenischen Geschichte und stellte laut politischer und wirtschaftlicher Elite den Beginn einer neuen Ära für das slowenische Volk dar. Dieses Datum war hauptsächlich von verschiedenen Feierlichkeiten gekennzeichnet. Eine offizielle Feierlichkeit fand an der slowenisch-italienischen Grenze statt, zwischen zwei Städten mit dem gleichen Namen, die aber in verschiedenen Ländern liegen, nämlich Gorizia in Italien und Nova Gorica in Slowenien. An dieser nahmen der slowenische Premier und der Kommissionspräsident Romano Prodi teil. Im ganzen Land gab es öffentliche Feiern und intensive Informationskampagnen für die slowenischen Bürger über die Funktionsweise der EU-Institutionen und den Prozess der politischen Entscheidungsfindung in der EU, wie auch über die anderen neuen und die alten EU-Mitgliedsstaaten.

Nach dem 1. Mai gingen die mit EU-Themen verbundenen Aktivitäten in Slowenien weiter. Anfang Mai wurde Janez Potočnik, vorher Europaminister und Vorsitzender des Verhandlungsteams für den EU-Beitritt, das erste slowenische Mitglied der Europäischen Kommission. Potočnik bekam die Position eines Vizekommissars für die Erweiterung bis Ende Oktober und wurde von allen im Parlament vertretenen Parteien unterstützt, mit Aus-

2 Der Premier äußerte sich mehrere Male gegen ein slowenisches Referendum über den europäischen Verfassungsvertrag.

3 Der Ausschuss für EU-Fragen ist proportional zu der Anzahl der Parlamentsmitglieder der einzelnen Parlamentsfraktionen zusammengesetzt. Jede Parlamentsfraktion hat mindestens ein Mitglied in diesem Ausschuss. Wenn der Vorsitzende des Ausschusses der Regierungspartei entstammt, dann stellen die Oppositionsparteien mindestens einen von zwei Stellvertretern.

nahme der euroskeptischen (zumindest bei den Parlamentswahlen im Jahr 2000) oppositionellen Slowenischen Nationalpartei. Der slowenische Premier hat Potočnik auch für die nächste Zusammensetzung der Europäischen Kommission vorgeschlagen, die ihre Arbeit am 1. November 2004 aufnehmen wird. Hier wird Potočnik allerdings nur von den Regierungsparteien getragen. Die Oppositionsparteien im Parlament unterstützten Potočnik diesmal nicht, weil er während den Wahlen zum Europäischen Parlament an einer Wahlveranstaltung der slowenischen Liberaldemokraten teilgenommen hatte, obwohl er sich in der Vergangenheit als unabhängiger Kandidat dargestellt hatte. Darüber hinaus forderte zumindest die größte Oppositionspartei, die Slowenische Demokratische Partei, dass der Premier dem europäischen Kommissionspräsidenten mehr als nur einen Kandidaten vorschlagen sollte. Im Zusammenhang mit der Nominierung von Potočnik für die Position als Kommissionsmitglied muss auch der Wechsel an der Spitze des Ministeriums für Europäische Angelegenheiten Erwähnung finden. Potočnik, der bereits vorher offiziell als Kommissar eingesetzt worden war, trat als Europaminister zurück und wurde durch Milan Cvikl ersetzt, einem Experten auf dem Gebiet der Wirtschaft, aber ohne jegliche herausragende politische Erfahrung.

Schließlich nahm die slowenische Regierung Mitte Mai die Erklärung über die Positionen hinsichtlich der slowenischen Teilnahme an den EU-Institutionen im Jahr 2004 an. Die Nationalversammlung bestätigte – bereits auf Grundlage des neuen Gesetzes über die Zusammenarbeit der Nationalversammlung und der Regierung in EU-Angelegenheiten – diesen Schritt. Diese Erklärung enthält auch die wichtigsten Aufgaben der slowenischen Republik für die Arbeit im Europäischen Rat im Jahr 2004 und darüber hinaus einige regelmäßig öffentlich geäußerte oder diskutierte Themen: zum Beispiel die Absicht, dem Europäischen Wechselkursystem bis Ende 2004 beizutreten und Anfang 2007 den Euro einzuführen sowie den Beitritt Kroatiens und Makedoniens zur EU zu fördern und die Ziele der Strategie von Lissabon zu unterstützen, vor allem diejenigen, die mit der Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung Sloweniens in den Jahren 2001 bis 2006 in Einklang stehen.

Sloweniens erste Wahl zum Europäischen Parlament

Ebenfalls Mitte Mai 2004, einem Monat vor den Wahlen, begann in Slowenien der offizielle Wahlkampf für die ersten Wahlen zum Europäischen Parlament,⁴ auch wenn sich einige frühere nicht-offizielle Quellen für die Aufnahme des Wahlkampfs zurückverfolgen lassen. Abgesehen von nochmals bekräftigten Interesse und einigen Impulsen der slowenischen Parteien war der Wahlkampf mehr oder weniger sehr formell und bot den Wählern keine sehr überraschenden Ereignisse. Daher schaffte es der Wahlkampf nicht, ein besonderes Interesse für EU-Themen zu wecken und wurde meist von innenpolitischen Themen überschattet. Außerdem mangelte es dem Wahlkampf an jeglichen euroskeptischen Parteien. Es gab lediglich die zwei „eurorealistischen“ Parteien (Slowenische Nationalpartei und Demokratische Partei Sloweniens), die zusammen 5,3% der Stimmen erhielten.

Die ersten Europawahlen in Slowenien fanden am 13. Juni 2004 statt. Sie wurden auf Basis eines Gesetzes durchgeführt, das im Oktober 2002 verabschiedet und im Februar 2004 modifiziert worden war. Dieses Gesetz unterscheidet sich in gewisser Hinsicht von

⁴ Für genauere Informationen zur Wahl zum Europäischen Parlament in Slowenien vgl. Alenka Krašovec / Kustec-Lipicer, Simona / Lajh, Damjan: 2004 European Parliament Election Briefing (Slovenia), 2004. <http://www.sussex.ac.uk/sei/1-4-5.html>.

der Gesetzgebung, die die Wahlen zur Nationalversammlung regelt. Es räumt erstens das Wahl- und Kandidatenrecht auch EU-Bürgern ein, die einen permanenten Wohnsitz in der Republik Slowenien haben und weitere Bedingungen erfüllen, die notwendig sind, um bei einer nationalen Parlamentswahl zu wählen oder als Kandidat anzutreten. Zweitens führt das Gesetz so genannte Geschlechterquoten ein, die regeln, dass eine bestimmte Kandidatenliste nicht weniger als 40% von Vertretern eines Geschlechts umfassen darf und dass mindestens ein Vertreter jeden Geschlechts einen Platz auf der oberen Hälfte der Liste haben muss; da Slowenien sieben Sitze im EP hat bedeutet diese Vorschrift einen Platz unter den obersten drei. Drittens bestimmt das Gesetz ganz Slowenien als einen Wahlkreis und legt die Möglichkeit zur Vorzugswahl fest.

Der gemäß den Wahlprognosen eigentlich unerwartete Gewinner der Europawahl wurde die oppositionelle Partei Neues Slowenien mit 23,6% der Stimmen. Eher unerwartet war auch das Ergebnis der Liberaldemokratischen Partei Sloweniens (die die größte slowenische Parlamentspartei seit den Wahlen 1992 ist), da die meisten Wahlprognosen ihren Sieg vorhergesagt hatten. Alle sieben slowenischen Europaabgeordneten gehören Parlamentsparteien an. Interessant ist, dass die oppositionellen Parlamentsparteien einen höheren Stimmanteil erzielten (56,9%) als die Regierungsparteien (36,0%). Dieses Ergebnis könnte zum einen eine ernste Warnung für die Regierungsparteien (vor allem für die größte, die Liberaldemokratische Partei Sloweniens) in Bezug auf die vor der Tür stehenden nationalen Parlamentswahlen im Oktober 2004 darstellen und zum anderen ein Indikator für umfassende Verschiebungen in der Machtverteilung zwischen den größeren politischen Parteien nach den Wahlen im Oktober sein.

Die größte (negative) Überraschung bei der ersten Europawahlen in Slowenien war die extrem niedrige Wahlbeteiligung von nur 28,3%. Dies ist für Slowenien ein Negativrekord seit der ersten demokratischen Parlaments- und Präsidentenwahl 1990. Zumindest vier Gründe können als möglicherweise wichtig für die Erklärung dieser niedrigen Wahlbeteiligung aufgezeichnet werden: Erstens das mangelnde Engagement der politischen Parteien bei der Mobilisierung der Wähler. Zweitens könnte die große Anzahl der in der Zeit von 1994 bis 2004 durchgeführten nationalen Referenden (nämlich 13) eine Politikverdrossenheit der Wähler verursacht haben. Drittens der Appell der Liberaldemokratischen Partei Sloweniens und der Vereinigten Liste der Sozialdemokraten (zwei Regierungsparteien) zwei Monate vor der Europawahl an die Wähler, nicht an Referenden mit policy-spezifischem Hintergrund teilzunehmen. Viertens stellten die Massenmedien und hier vor allem die Printmedien, obwohl sie regelmäßig dem Europäischen Parlament und seiner wachsenden Bedeutung deutliche Aufmerksamkeit geschenkt hatten, häufig eine niedrige Wahlbeteiligung als normal und zu erwarten dar und betrachteten gleichzeitig die Europawahlen als Wahlen von zweitrangiger Wichtigkeit.

Weiterführende Literatur

- Ladislav Cabada / Krašovec, Alenka (Hrsg.): *Europeanisation of National Political Parties*, Plzen 2004.
- Danica Fink-Hafner / Lajh, Damjan: *Managing Europe From Home: The Europeanisation of the Slovenian Core Executive*, Ljubljana 2003.
- Krašovec, Alenka and Damjan Lajh (2004): 'The Slovenian EU Accession Referendum: A Cat-and-Mouse Game', in: *West European Politics*, 27(4), S. 603–23.